

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Eine Vielfalt wirtschaftlicher Beziehungen

Die Volkswirtschaftsdirektoren der schweizerischen Kantone halten ihre diesjährige Konferenz in Vaduz ab

(G.M.) - Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Schweiz und unserem Land hat sich seit dem Abschluss des Zollvertrages kontinuierlich weiterentwickelt. Nach 1976 halten nun die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren wiederum ihre Jahreskonferenz in Vaduz ab. An der zweitägigen Konferenz, die heute beginnt, nehmen nach einer Mitteilung des Amtes für Volkswirtschaft die Vertreter der Wirtschaftsressorts aus 22 Kantonen sowie die Direktoren verschiedener Bundesämter des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes teil. Bundespräsident Dr. Kurt Furgler ist wegen der Frühjahrsession der Eidgenössischen Räte verhindert. Die Konferenz gibt sicherlich auch diesmal die Gelegenheit, über das Tagungsthema hinaus die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Liechtenstein und der Schweiz zu erörtern.

wirtschaft, wozu Botschafter Hans Sieber, der stellvertretende Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft sowie Mario Ludwig, der Direktor der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung, referieren werden. Dieses Thema dürfte auch für die liechtensteinische Exportindustrie von Interesse sein, die ihre Produkte unter ähnlichen Bedingungen (Währungsrelationen) auf den Weltmärkten vertreibt. Ebenso werden die Ausführungen von Dr. Rodolfo Pedrollo, des Direktors des Bundesamtes für Umweltschutz, über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltschutzgesetzgebung auf Interesse stossen.

steinischen Währungsvertrag, der in der Zwischenzeit ausgehandelt und in Kraft gesetzt wurde. Regierungschef Dr. Walter Kieber hatte damals vor den schweizerischen Gästen erklärt, bei den Betrachtungen über die liechtensteinische Wirtschaft komme immer die ausschlaggebende Bedeutung der engen Verbindung mit der Schweiz zum Bewusstsein. «Der liechtensteinisch-schweizerische Zollvertrag», so Kieber, «hat sich als tragfähige Grundlage unserer gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen bewährt.» Der Zollvertrag, dessen 50jähriges Jubiläum drei Jahre vorher gefeiert worden war, sei zu einem Garant und zum Ausgangspunkt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auch auf Gebieten geworden, die weit über die herkömmlichen Wirtschaftsbereiche hinausgingen.

Enge wirtschaftliche Beziehungen

Bei der letzten Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren in unserem Land stand die Sorge über die wirtschaftliche Rezession im Vordergrund, die auch die liechtensteinische Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hatte. Bundesrat Ernst Brugger hatte damals in einem Gespräch mit der liechtensteinischen Presse prophezeit, dass der schweizerisch-liechtensteinische Wirtschaftsraum auch künftig mit einem starken, hochbewerteten Franken leben müsse. Die Schweiz bleibe, so Brugger damals, mit dem hohen Frankenkurs auch wirtschaftlich stark. Zur Sprache kamen damals auch die Bestrebungen um einen schweizerisch-liechten-

Empfang auf Schloss Vaduz

Das Rahmenprogramm der Konferenz sieht einen Empfang auf Schloss Vaduz durch Erbprinz Hans Adam vor. Im weiteren sind die Teilnehmer von der Gemeinde Vaduz und der Industrie- und Handelskammer zum Essen eingeladen. Bei einem von der Regierung offerierten Bankett wird auch Regierungschef Hans Brunhart die Gäste aus der Schweiz begrüßen. Eine Besichtigung der Staatlichen Kunstsammlungen sowie der Firma Ivoclar AG in Schaan rundet das Programm ab.

KOMMENTAR

Dass die schweizerischen Volkswirtschaftsdirektoren nach 1976 wieder eine ihrer alljährlichen Konferenzen in unserem Land abhalten, deutet ohne Zweifel darauf hin, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiterhin gut entwickelt haben. Der Ausgangspunkt für die Anlehnung Liechtensteins an die Schweiz war rein wirtschaftlicher Natur, woraus sich im Laufe der Jahrzehnte weitere Entwicklungen der gegenseitigen Beziehungen ergeben haben, die weit über die wirtschaftlichen Aspekte hinausreichen.

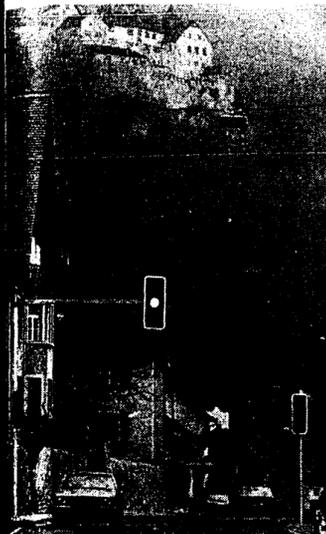
1976 war in den Rückschau von einer stetigen Aufwärtsentwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft die Rede gewesen, über deren Fortsetzung man angesichts der kurz vorher in Gang gekommenen Rezession etwelche Zweifel hatte. Die vom

Gute (Wirtschafts)beziehungen

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Zahlen über die Wirtschaftslage 1984 und die Konjunkturumfrage für das erste Quartal 1985 verdeutlichen indessen, dass die liechtensteinische Wirtschaft nicht nur jene Probleme, sondern auch jene der nachfolgenden zweiten Rezessionsphase gut meistern konnte und sich seither auf einem stabilisierendem Aufwärtsweg befindet.

Das Exportvolumen hatte im Vorjahr der Konferenz von 1976 gerade 522 Millionen Franken betragen, nun meldete das Amt für Volkswirtschaft und die Industriekammer für das letzte Jahr eine Steigerung der nominellen Exporte auf 1076 Millionen Franken, was einer Verdoppelung in dieser nur neun Jahre umfassenden Zwischenzeit gleichkommt.

Damals war die Sorge um die hohe Bewertung der schweizerischen Währung für die Exportindustrie unüberhörbar, während heute zu dieser nach wie vor vorhandenen Situation noch die Probleme mit dem Höhenflug des Dollars kommen. Der damalige Regierungschef Dr. Walter Kieber hatte vor den Volkswirtschaftsdirektoren ausgeführt, zusammen mit der schweizerischen Wirtschaftspolitik habe Liechtenstein bislang alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten meistern können. Dieses Wort gilt heute noch. (G.M.)



Vaduz: Erhöhte Verkehrssicherheit

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kreuzungsbereichs beim Hotel «Löwen» in Vaduz, ist durch die Anbringung einer Lichtsignalanlage die Verkehrssicherheit für die Fussgänger wesentlich erhöht worden. Gerade auf dieser stark frequentierten Hauptzufahrtsstrasse ins Zentrum sind solche verkehrstechnischen Massnahmen sehr sinnvoll.

Das Strassenbauprogramm der Regierung sah in diesem Kreuzungsbereich zunächst eine Linksabbiegespur für die Hintergasse, eine Mitteltrennung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für die Fussgänger und eine Pfropfeninsel zur Verkehrskanalisierung der Hintergasse vor. Es wurde dann aber aus denkmal- und ortsbildschützerischen Aspekten vereinfacht auf den früheren Standard zurückgeführt, wobei beidseitig Gehsteige und eine Bushaltestelle auf der Nordseite der Kreuzung berücksichtigt wurden. Mit der Erstellung der Bushaltestelle zur Verflüssigung des Verkehrs und der Rücksetzung von Mauern (siehe Bild links), um Platz für das Trottoir zu schaffen, sind sämtliche Arbeiten dieses Projektes beendet worden. Die Aufwendungen betragen laut Budget 1984 insgesamt 450 000 Franken.

Steigende Auslastung der Produktionsanlagen

Das Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte die Ergebnisse der Konjunkturumfrage vom 1. Januar 1985

Der Trend der Konjunktur in unserem Land zeigt weiterhin nach oben. Dies geht aus dem vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Konjunkturtest (Quartalsbefragung 1. Januar 1985) hervor.

Der Quartals-Fragebogen wurde am 2. Januar 1985 an 82 Firmen versandt, bei denen etwa 7200 Personen beschäftigt sind. Eine Rückantwort ging von 42 Firmen mit zusammen 6137 Beschäftigten ein. Die Antwortquote, bezogen auf die

Firmenanzahl, beträgt damit 51.2 Prozent, bezogen auf die Beschäftigtenzahl 85.2 Prozent.

Immer positivere Einschätzung

Die Einschätzung der allgemeinen Lage durch die Unternehmer ist sowohl im Rückblick auf das dem Stichtag 1. Januar 1985 vorangehende Quartal als auch bezüglich der Erwartungen für das laufende Quartal von Mal zu Mal hoffnungsvoller: Nur in 2 Prozent der Antworten (gewich-

tet nach Beschäftigtenzahl) wird die allgemeine Situation im Berichtsquartal (4. Quartal 1984) als «schlecht» eingestuft; 20 Prozent der Antworten lauten auf «befriedigend» und 78 Prozent auf «gut». Der errechnete Mittelwert von 138 (von 150 möglichen) Punkten ist das bisher höchste Ergebnis, nachdem der Konjunkturtest nunmehr zum 10. Mal vierteljährlich durchgeführt wurde.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Es geht längst nicht mehr um das Kunsthaus!

Fragen zur politischen Verantwortlichkeit

Prinzip der Gewaltentrennung nicht in Frage gestellt

Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass das Prinzip der Gewaltentrennung im Zuge des umstrittenen Verfahrens verletzt worden ist. Denn welcher Politiker sollte schon versucht haben wollen, den Staatsgerichtshofpräsidenten zu beeinflussen?

Die gleiche Frage gilt umgekehrt:

Warum sollte sich der Staatsgerichtshof bzw. dessen Präsident, Dr. Erich Seeger, von politischer Seite beeinflusst haben lassen?

Dass im Zuge dieses Verfahrens aber Dinge passiert sind, von denen nicht nur die Mitglieder des Initiativkomitees, sondern auch viele andere Menschen im Lande den Eindruck haben, dass sie dem Ansehen des Staatsgerichtshofes gelinde gesagt geschadet haben, ist wohl unbestritten.

Mitverantwortung der Politiker

Wenn wirklich juristische Mängel vorgefallen sind, die nach Meinung der Beschwerdeführer sogar bis zur Verweigerung verfassungsmässig gewährleisteter Rechte geführt haben, so wäre

dies eine schwere Verfehlung des Staatsgerichtshofpräsidenten.

Dass sich die Politiker aber von der Verantwortung nicht drücken können, liegt ebenso auf der Hand. Schliesslich war es die Vaterländische Union (VU), die Dr. Erich Seeger als Staatsgerichtshofpräsidenten portiert hat und schliesslich war es auch die VU-Fraktion mit Landtagspräsident Dr. Ritter an der Spitze, die Dr. Seeger - ohne die Stimmen der FBP-Fraktion - im vergangenen Dezember wieder für weitere fünf Jahre im Amte bestätigte, und zwar ungeachtet einer zu diesem Zeitpunkt bereits seit einiger Zeit beim Landtag hängigen Aufsichtsbeschwerde gegen die Amtsführung Dr. Seegers!

Warum diese Eile und dieser Druck?

Warum setzte Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter mit der Mehrheit der VU-Landtagsabgeordneten und sogar unter Ausweklung des Vaduzer VU-Abgeordneten Ludwig Seger, der mit dem Vorgehen offenbar nicht einverstanden war, die Wiederwahl Dr. Seegers gegen alle Bedenken und auch gegen einen diesbezüglichen Antrag der FBP-Minderheitsfraktion in der Land-

tagssitzung vom 19. Dezember durch?

Warum konnte man diese Wahl nicht bis zur Abklärung der Beschwerde verschieben? Der Landtag - als Volksvertretung immerhin das höchste Organ im Staate - hätte den Staatsgerichtshof ohne weiteres im Amte belassen und die Neuwahl auf das Frühjahr 1985 verschieben können!

Wäre es nicht auch für Dr. Erich Seeger die sauberere Lösung gewesen, wenn er bis zum Abschluss der Untersuchungen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in den Ausstand getreten wäre? Der Staatsgerichtshof verfügt bekanntlich über einen Vizepräsidenten, so dass andere Dossiers trotzdem und ganz normal hätten weiterbearbeitet werden können.

Durch sein Verhalten kann sich Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter dem Verdacht nicht entziehen, dass er seinen Parteifreund, Dr. Erich Seeger, gegen Wind und Wetter schützen wollte.

«Maulkorb für die Presse»

Sicherlich ist es der VU und ihren beiden Hauptexponenten, Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter und Re-

gierungschef Hans Brunhart unangenehm, dass Dr. Erich Seeger mittels eingeschriebenem Brief, den er mit Datum vom 25. Februar 1985 an die Redaktion des «Liechtensteiner Vaterland» und an unsere Redaktion richtete, darauf hinwies, dass Veröffentlichungen «über die Abstimmung von Richtern oder von nicht öffentlichen Mitteilungen aus Verhandlungen der Gerichte» strafbar seien und ihnen damit, wie es die Beschwerdeführer formulieren, einen «Maulkorb» umhänge.

Die «Wahrheit» per Flugblatt

Sicherlich war es der VU ebenfalls unangenehm, dass dieses Verhalten von Staatsgerichtshofpräsident Dr. Erich Seeger die Ursache dafür wurde, dass die Initianten nun die «Wahrheit» wie sie sie sehen, mittels Flugblatt in der Öffentlichkeit verbreiteten.

Dies ändert aber nichts daran, dass die VU und mit ihr der Landtagspräsident und der Regierungschef für ihren politischen Mandatsträger mitverantwortlich sind. Man kann sich nämlich nicht aus der politischen Verantwortlichkeit herausreden, wenn man einen umstrittenen Mandatsträger unter Einsatz aller parteipolitischen Machtmittel und sogar noch durch das Auswechseln eines eigenen Abgeordneten in seinem Amt hält. Es gehört eben zu den Risiken in der Politik, dass nicht alle Leute, die man voranstellt, die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen.

Die Amtsführung von Staatsgerichtshof-Präsident Dr. Erich Seeger im Zusammenhang mit einer Vorstellungssache des Initiativkomitees Kunsthaus bleibt öffentliches Diskussionsthema. Mehr noch: die Angelegenheit droht sich zu einem handfesten Justizskandal auszuweiten, nachdem das Initiativkomitee dieser Tage jenen Text öffentlich verbreitet, dessen Abdruck den Zeitungen vom Staatsgerichtshof-Präsidenten unter Strafdrohung untersagt worden war. Dabei werden auch die politischen Schatten, die über der ganzen Angelegenheit lasten, immer länger. Fest steht inzwischen nur eines: mit dem Kunsthaus-Projekt an sich hat die Sache längst nichts mehr zu tun.

Was die heftige Kritik des Initiativkomitees ausgelöst hat, ist bekannt oder darf als bekannt vorausgesetzt werden. Was beim heutigen Stand der Dinge aber immer mehr diskutiert wird, ist die politische Seite der unseligen Affäre. Denn der «Fall Staatsgerichtshof» hat durch die neuesten Entwicklungen Dimensionen angenommen, die zwingend Fragen nach der politischen Verantwortlichkeit aufwerfen. Mit dem Hinweis auf die Gewaltentrennung allein können die politischen Instanzen schon lange nicht mehr glaubhaft machen, dass die ganze Misere eigentlich eine Sache der Gerichtsbarkeit und deshalb jenseits ihrer Einflussphäre schicksalhaft entschieden worden sei.